

Grosszügigkeit als Mangelware in der Slowakei

Der Streit um das Sprachgesetz – ein Symptom der Konflikte Bratislavas mit Budapest und der eigenen ungarischen Minderheit

Die ungarische Minderheit in der Slowakei wehrt sich gegen ein neues Sprachgesetz, das sie als gegen sich gerichtet empfindet. Während mehr Grosszügigkeit von den beteiligten Parteien das Problem entschärfen könnte, scheint daran nicht allen gelegen.

Rudolf Hermann, Komarno

Der Bahnhof von Nove Zamky, wo der Expresszug aus Bratislava hält, sieht aus wie die meisten Bahnhöfe an vergleichbaren Eisenbahnknotenpunkten in der Slowakei. Die Schalterhalle verleugnet zwar ihre Herkunft aus der Zeit des Sozialismus nicht, ist aber hübsch renoviert, und die angebotenen Dienstleistungen sind ausser in Slowakisch auch in Englisch und Deutsch ausgeschildert. Nur etwas scheint nicht zu stimmen: Die meisten Leute sprechen hier eine ganz andere Sprache.

Die Mehrheit als Minderheit

Das hat seinen Grund. Nove Zamky liegt am nördlichen Rand des Siedlungsgebiets der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Diese ist in einem Streifen entlang der slowakisch-ungarischen Grenze zu Hause, der bis zu ein paar Dutzend Kilometer breit ist. An einigen Orten ist die Dichte der ethnisch ungarischen Bevölkerung so gross, dass diese gegenüber den ethnischen Slowaken ein deutliches Übergewicht bildet. Insgesamt zählt die ungarische Minderheit etwa 550 000 Personen. Das sind 10 Prozent der slowakischen Gesamtbevölkerung.

Soeben hat der Lautsprecher die Abfahrt des Personenzugs nach Komarno angekündigt. Auf Slowakisch und nur Slowakisch. Das wäre etwa so, wie wenn in Montreux oder Locarno die Durchsagen ausschliesslich auf Deutsch erfolgen würden. Im Abteil sitzen zwei Mittelschülerinnen, die sich angeregt unterhalten. Während sich die eine strikt des Ungarischen bedient, wechselt die andere zwischen Ungarisch und Slowakisch hin und her, manchmal mitten im Satz für ein paar Wörter.

Die slowakische Sprachkompetenz scheint, von diesem zufälligen Beispiel abgesehen, das sich in späteren Begegnungen in Variationen wiederholt, kein Problem zu sein im ungarischen Siedlungsgebiet. Dabei war man bei einem Gespräch im Kulturministerium in der Hauptstadt Bratislava gewarnt worden vor den herrschenden Zuständen: Einige Beamte unter den slowakischen Ungarn lehnten es ab, die Staatssprache zu sprechen, die sie als zweitrangig empfänden. Dies diskriminiere diejenigen Bewohner des Gebiets, die des Ungarischen nicht mächtig seien, weil sie keinen Zugang zu wichtigen Informationen hätten. Deshalb seien Slowaken, die in Gemeinden mit einer ethnisch ungarischen Mehrheit wohnten, einem unzulässigen sprachlichen Assimilationsdruck unterworfen. Auch aus diesem Grund brauche die Slowakei ein Sprachengesetz, das das Slowakische als einzige Staatssprache durchsetze. Man müsse sicherstellen, dass jeder Slowake jederzeit und überall in seinem Land in seiner Sprache kommunizieren könne.

Druck und Gegendruck

Nun haben die Befürchtungen, die man nicht nur im Kulturministerium, sondern auch auf breiterer Basis von Politikern und aus der Bevölkerung zu hören bekommt, einen realen und nachvollziehbaren Hintergrund. Die gemeinsame Geschichte von Slowaken und Ungarn, die sich seit Jahrhunderten gemeinsam im mitteleuropäischen Raum aufhalten, ist gespickt mit Druck und Gegendruck, während Ausgleich und gegenseitiges Verständnis weitgehend fehlen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Slowaken, deren nationalstaatliches Bewusstsein wie das anderer Völker in Europa eben erwacht war, als Bewohner des ungarischen



Der ungarische Präsident Laszlo Solyom gibt auf der Brücke, die Komarno mit Komarno verbindet, die Absage seines Besuchs in der Slowakei bekannt. SZILARD KOSZTICSÁK / AP

Teils der Habsburger Doppelmonarchie kompromisslos magyarisiert. Eine Slowakei gab es nicht, ihr Siedlungsgebiet trug den Namen «Oberungarn».

Doch dann kamen der Erste Weltkrieg, die Entstehung der Tschechoslowakei und die Friedensverträge von Trianon, in denen Ungarn Gebiete abtreten musste, die auch von ethnischen Ungarn bewohnt waren. Im Umfeld des Zweiten Weltkriegs wechselten diese erneut die Hand, kamen nach Kriegsende aber wieder an die Tschechoslowakei zurück, und dabei kam es im Zuge der Auseinandersetzung mit den Volksgruppen der Verlierer zu Entrechtungen und Enteignungen.

Während dies der Boden ist, auf welchem die schwierigen Beziehungen der beiden Donau-Anrainer gewachsen sind, gerieten beide, die Tschechoslowakei und Ungarn, unter die Knute der Sowjetunion. In deren internationalistischer Friedenspropaganda hatten blockinterne Konflikte keinen Platz. Dafür

Präsidenten Solyom angekündigt. Doch wurde dieser von der slowakischen Regierung zur unerwünschten Person erklärt. Von Komarno, der ungarischen Schwesterstadt Komarnos am anderen Donauufer, ging Solyom dramatischen Schritten über die Elisabethenbrücke, die die beiden Städte verbindet, blieb aber schliesslich in der Mitte, genau an der Grenze, stehen.

Fehlende Verständigung

Die Sache sei unglücklich gelaufen und vielleicht habe man gewisse Umstände auch nicht ganz richtig eingeschätzt, erklärt Tibor Bastrnak, der Bürgermeister von Komarno, während er im Gespräch detailliert die Hintergründe dessen erläutert, was der vielleicht spektakulärste Eklat war in einer Reihe von Schwierigkeiten in den slowakisch-ungarischen Beziehungen der letzten Zeit. Er spricht von schiefgelaufener, nicht bestehender oder möglicherweise verhinderter Kommunikation von Verwaltungsstel-

Spannungen und Unsicherheit. Das Gesetz ermöglicht die Verhängung von Geldbussen gegenüber Organisationen (aber nicht Privatpersonen), die die Bestimmungen über die vorschriftgemässe Anwendung der Staatssprache verletzen, beispielsweise im Bereich von amtlichen Bekanntmachungen, im amtlichen Verkehr oder bei kulturellen Veranstaltungen.

Im Kulturministerium wird hingegen die Möglichkeit der Sanktionierung von Verfehlungen als notwendiges Instrument bezeichnet. Marek Mihalik, der Abteilungsleiter für Rechtsfragen und Legislative, und Elena Kacalova, die Chefin der Abteilung für Literatur, Buchkultur und Staatssprache, erklären, dass man durch die bisherige Praxis erkannt habe, dass allein die Androhung von Konsequenzen ihre Wirksamkeit verloren habe. Deshalb müsse eine Drohung auch umsetzbar sein. Das Sprachgesetz als solches sei vom OSZE-Hochkommissar für Minderheitenfragen, Knut Vollebaek, als konform mit internationalen Normen bezeichnet worden.

Interpretationsspielraum

Vollebaek selber erklärte nach Gesprächen in Budapest und Bratislava, das Gesetz sei nicht im Widerspruch zu dem, was in diesem Bereich international möglich oder üblich sei, es enthalte jedoch noch einige Unklarheiten und Sanktionen, wiewohl möglich, halte er nicht für das beste Mittel zur Durchsetzung der Norm. Wenn der SMK-Vorsitzende Csaky über Vollebaeks Ausführungen spricht, sind es deshalb diese Aspekte der Beurteilung, die unterstrichen werden.

Ausserdem hält Csaky fest, dass es erst die Ausführungsbestimmungen seien, die den beträchtlichen Interpretationsspielraum einschränken würden. Nur seien diese noch nicht erlassen. Und es seien Ministerialbeamte, die über allfällige Sanktionen befinden würden. Bussen müssten dabei auch dann bezahlt werden, wenn man sie vor Gericht anfechten wolle. Das könne für Vereine oder Gruppen ihr Ende bedeuten – und angesichts der notorischen Langsamkeit der Justiz werde man sich einen solchen Schritt ohnehin zweimal überlegen. Indem ferner das Ministerium auf Hinweise aus der Bevölkerung über Verletzungen des Sprachgesetzes abstellen wolle, werde dadurch das Denunziantentum gefördert.

Csaky wie Bastrnak weisen darauf hin, dass die ethnisch ungarischen Slowaken ihre Zugehörigkeit zum Staat in keiner Weise in Frage stellten und die Forderung nach einer Autonomierege-

lung für ihr Gebiet kein Thema sei. Doch wolle man nicht ständig wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden, die danke schön zu sagen hätten, wenn sie vom Staat und von der Mehrheitsgesellschaft Rechte zugestanden erhielten, die selbstverständlich sein sollten. Und man wehre sich gegen den Druck, den man verspüre. Loyalität könne nicht durch Zwang geschaffen werden. Elena Kacalova vom Kulturministerium wiederum hat das Gefühl, die slowakischen Ungarn verlangten immer nach mehr, obwohl sie kaum einen Staat kenne, der seinen Minderheiten bessere Rechte einräume als die Slowakei. Noch weiter gehen könne man nicht, etwa das Ungarische als Landessprache anerkennen.

Fehlender politischer Wille

Ein Beispiel eines Minderheitenproblems, auf das man aus den Amtsstuben der Slowakei ein argwöhnisches Auge wirft, ist Kosovo. Bezeichnenderweise hat die slowakische Regierung erst gerade wieder bekräftigt, eine Anerkennung des Gebiets abzulehnen. Das Stichwort Kosovo mag weit hergeholt erscheinen, doch in einer Hinsicht ist es als Parallele berechtigt: Woran es in der slowakisch-ungarischen Auseinandersetzung am meisten mangelt, und zwar sowohl im Verhältnis von Bratislava und Budapest wie auch zwischen der slowakischen Mehrheitsbevölkerung und der ungarischen Minderheit, ist eine gutnachbarliche Grosszügigkeit.

Die offizielle Slowakei sähe solche gern dort, wo man von Ungarns Seite stattdessen Herablassung erfahre, den ständigen Blick auf die Vergangenheit und manchmal eine kaum verhüllte Ambition spüre, sich in die Verhältnisse jenseits der Grenze einzumischen.

Doch müsste im Gegenzug auch die slowakische Innenpolitik den leider allzu oft der ungarischen Minderheit zu erkennen gegebenen Kurs des «jetzt sind wir die Chefs» endlich verlassen. Und einige politische Führer der ungarischen Slowaken wiederum sollten – gerade weil sie um das historisch belastete Verhältnis wissen – auf gewisse Nadelstiche, die sie manchmal nur allzu gern setzen, verzichten.

Doch dazu müsste auf allen Seiten politischer Wille bestehen. Nur lässt es sich mit nationalistischen Ängsten eben trefflich politisieren. Auf allen Seiten ist das politische Kapital, das man aus einem Fortbestand der Kontroverse schlagen kann, viel attraktiver als die Perspektive einer Einigung, die den Hitzköpfen an den Extrempunkten des Spektrums ihren politischen Nährboden entzöge.



Die ungarische Minderheit in der Slowakei
Ethnisch ungarische Bevölkerung (10 Prozent der Gesamtbevölkerung) 100 Kilometer NZZ INFOGRAFIK/mfi

brachen sie, die nicht beseitigt, sondern nur verschwiegen worden waren, umso heftiger wieder auf, als das sozialistische Joch wegfiel und zudem die Tschechoslowakei sich auflöste. Der junge slowakische Staat, der gegenüber der Tschechoslowakei an internationalem Gewicht verloren hatte, musste sich mit einem zunehmend selbstbewusst auftretenden Nachbarn Ungarn auseinandersetzen. Dabei gaben auf beiden Seiten – und geben bis heute – vorwiegend nationalistische Stimmen den Ton an.

Die direkt an der Donau gelegene südslovakische Kleinstadt Komarno gilt nationalistischen Scharfmachern in der Slowakei als eines der unheimlichen Nester von Mitbürgern, die sich mit ihrem ganzen Siedlungsgebiet lieber heute als morgen Ungarn anschliessen würden. Ein Vorfall vor einigen Wochen, der internationale Aufmerksamkeit erregte, schien dies nur zu bestätigen. Zur Enthüllung einer Statue des ungarischen Nationalheiligen Stefan war ein privater Besuch des ungarischen

len, die eigentlich hätten sicherstellen sollen, dass Protokolle eingehalten und Probleme vermieden werden.

Nach Ausflüchten oder Winkelzügen klingen Bastrnaks Erklärungen nicht. Auch deshalb nicht, weil er nicht zu den Heissparolen auf dem Feld der slowakisch-ungarischen Probleme gehört, sondern im Gegenteil zu denjenigen, die sich eine Entpolitisierung und Entschärfung wünschen. Deshalb hat er sich auch der jüngst entstandenen Bewegung Most-Hid (Brücke) angeschlossen, die die Interessen der ungarischen Minderheit in der Slowakei mit einer moderateren politischen Linie wahrnehmen will, als es die Formation der Parteien der ungarischen Koalition (SMK) gegenwärtig tut.

Die von der linksnationalen Koalitionsregierung Ministerpräsident Ficos durchgesetzte Novellierung des seit 1995 bestehenden Sprachgesetzes erachtet Bastrnak allerdings, genau gleich wie der Chef der SMK, Pal Csaky, als schlecht und schädlich. Sie schaffe